

Loben, was das Zeug hält

Nicht weniger als 21 Autorinnen und Autoren hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ anlässlich des Europatags am 9. Mai aufgebeten, um in einer opulent gestalteten Sonderbeilage („Journal Europa“) Berichte und Kommentare aus sämtlichen EU-Mitgliedsländern (plus Bulgarien und Rumänien) zu einem „Porträt einer Familie“ zusammenzufügen, das „die ungebrochene Vitalität Europas und seiner Bürger“ widerspiegeln soll. Eher versteckt, mitten im Wirtschaftsteil, präsentierte das Blatt wenige Tage zuvor eine Glosse von Hendrik Kafsack, die die vitale Lust der österreichischen EU-Ratsvorsitzenden an der Selbstvermarktung widerspiegelt:

Keine Konferenz, keine Tagung der Ratspräsidentschaft, die nicht mit der Liste dessen eingeleitet wird, was Österreich Europa schon Gutes getan hat: die Finanzkrise der EU gelöst, ja auch die Österreicher haben das alleine geschafft, den Staaten die Zusage abgerungen, zehn Millionen Arbeitsplätze bis zum Jahr 2010 zu schaffen, eine gemeinsame Energiepolitik angestoßen, das siebte Forschungsrahmenprogramm endlich vorangebracht, die Einigung über die EU-Dienstleistungsrichtlinie erzielt, den Kampf gegen Bürokratie verschärft, sichergestellt, dass die Sonne aufgeht.

All das wäre ohne Österreich nicht möglich gewesen. Beinahe bescheiden schon wirkt da der sonst lauteste Minister Österreichs, Karl-Heinz Grasser, der lediglich anmerkt, Österreich habe einiges erreicht und Erfolge erzielen können. Was kann Wien dafür, dass jeder andere das als Pflichtübung abtut? In Österreich hört man eben auf seine Berater in Sachen „Public Relations“.

Erfolg basiert nur zu zehn Prozent auf Kompetenz und Qualifikation – und zu neunzig Prozent auf Image und Kontakten, predigen die seit Jahren und bieten als Lösung: Eigenlob. Recht haben sie. So schnell wie andere EU-Präsidentschaften wird Brüssel die Tage Österreichs nicht vergessen, nach all dem Lob – wofür noch mal?



„Europa Gutes tun ...“
Kanzler
Schüssel
überreicht EU-
Kommissions-
präsident
Barroso
(rechts) eine
Geburtstags-
torte.

Foto: HOPI

Gesucht: Ein zweiter Robert Schuman

Plädoyer für eine europäische „Solidarität der Tat“

Gabriel N. Toggenburg*

Ich habe diesen Entwurf gelesen, ich werde ihn zu meiner Angelegenheit machen.“ So entschlossen reagierte der französische Außenminister Robert Schuman auf das Papier, welches ihm sein kongenialer Politikberater Jean Monnet zukommen ließ. Wenige Tage später, am Morgen des 9. Mai 1950, verteidigte er die als „Schuman-Erklärung“ in die Geschichte eingegangene Politikentscheidung vor seinen Ministerkollegen.

Mit welcher Entschlossenheit er dabei vorging, zeigt sich bereits daran, dass er das schicksalsschwangere Papier zeitgleich beim deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer in Bonn deponieren ließ. „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen“, so liest es sich in der Erklärung. „Methode Monnet“ wird man diese Vorgehensweise später nennen.

Die erste konkrete „Tat“ war freilich weit mehr als ein kleiner Schritt: Die Schuman-Erklärung schlug vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unter-

stellen“. Kohle und Stahl, das Lebenselixier jedes militärischen Konfliktes, sollte somit der Verfügungsgewalt einzelner Staaten entzogen werden. Tatsächlich gelang es dieserart, den französisch-deutschen Erbhas langfristige auszutrocknen. An der Wiege der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl steht somit eine einfache Idee: Solidarität durch Taten.

Die Geschichte dieser Taten stellen im Rückblick der letzten 56 Jahre einen unglaublichen Erfolg dar: Die Trias der Europäischen Gründungswerte – Friede, Wohlstand, Verzicht auf Nationalismus – ist uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Europapolitik hat sich zusehends in den Alltag der Bürger Europas geschraubt. Damit wurde freilich Anfang der 90er-Jahre auch offensichtlich, dass das Elitenprojekt der Europäischen Einigung nicht länger auf die Mitsprache und die Beteiligung der Bürger verzichten kann. Tatsächlich wurden auch Schritte zur Demokratisierung der EU eingeleitet. Maastricht, Amsterdam und Nizza heißen die Stationen auf diesem Wege. Rom sollte der Name der nächsten Haltestelle sein. Doch der dort am 29. Oktober 2004 unterzeichnete „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ scheint an seinem eigenen Anspruch gescheitert

zu sein: an der Demokratie. Schließlich wurde der Verfassungsvertrag durch Volksvoiten in ein politisches Koma versenkt.

Ist zu viel Volk schlecht für Europa? Wohl kaum. Ein falsches Demokratieverständnis sehr wohl. Das Teilen der Verantwortung für Europa zwischen Regierenden und Regierten darf nicht dazu führen, dass die regierende Klasse ihre Verantwortung auf die Schultern der Völker abwälzt und die Reste ihres Esprit Européenne ängstlich an der Garderobe der politischen Bühne abgibt.

Zugegebenermaßen braucht es Mut, um sich als Politiker für ein Projekt zu engagieren, von dem gegenwärtig nur die Hälfte der EU-Bürger überzeugt ist. Doch woher nahm Schuman seinen Elan und seine Zuversicht? Ebenso sei zugegeben, dass Europäische Integration ein politisches Konzept und keine Religion ist. Doch seit jeher muss man auch an seine politischen Konzepte glauben. Wo sind die Europäischen Spitzenpolitiker, die heute inbrünstig sagen: „Ich habe diesen Entwurf gelesen, ich werde ihn zu meiner Angelegenheit machen“?

*Der Autor (Jg. 1970) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Europäischen Akademie Bozen und am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.